Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 3 (1948)

Heft: 4

Artikel: Die Wirtschaftslage

Autor: Brupbacher, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-890902

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

verursachen sie wirtschaftliche und soziale Not und begünstigen politische Unruhen. Und schließlich gefährden sie auch unsere Freiheit und Unabhängigkeit.

Wir schlagen vor, Art. 39 der Bundesverfassung wie folgt zu ergänzen und dementsprechend auch das Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank zu revidieren:

«Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank (oder Amtsstelle) hat die Aufgabe, den Geldumlauf des Landes so zu regeln, **daß die Inlandkaufkraft des Geldes, gemessen am Großhandelspreisindex unverändert bleibt.»**

Die Verpflichtung, irgend eine Parität mit dem Gold aufrechtzuerhalten oder Gold zu einem vorbestimmten festen Preis entgegenzunehmen oder abzugeben, ist endgültig aufzuheben.

(Das ist nicht zuviel verlangt, nachdem England, das alte Goldwährungsland par excellence, die Bindung an einen festen Goldstandard schon im Jahre 1931 aufgegeben hat.)

Diese Forderungen lassen sich aber nur durchsetzen, wenn alle Einsichtigen — jeder an seinem Platz —, mithelfen, unsere Mitbürger über diese für unsere Wirtschaft und unser Volk so wichtigen und weittragenden Verfassungs- und Gesetzesartikel aufzuklären.

Die Wirtschaftslage

Dr. WILLY BRUPBACHER

1. Weltwirtschaft

Kein Krieg hat bisher gleich umfangreiche Zerstörungen und Produktionsausfälle gebracht, wie der Weltkrieg 1939—1945. Die Wiedergutmachung der Schäden, soweit diese überhaupt möglich ist, nimmt denn auch bedeutend mehr Zeit in Anspruch,

als ursprünglich angenommen worden ist. Von Land zu Land ist der Wiederaufbau- und Nachholbedarf naturgemäß sehr verschieden. In einem der am schwersten mitgenommenen Gebiete Deutschlands dürfte es Jahrzehnte gehen, bis die großen Städte wieder aufgebaut sind und noch heute kann dort ein großer Teil der Bevölkerung nur knapp den physiologisch notwendigen Nahrungsbedarf decken. Die Bekleidung ist mangelhaft und an Einrichtungs- und Bedarfsgegenständen herrscht immer noch empfindlicher Mangel. Das Gegenstück dazu bilden die siegreichen und auf dem eigenen Gebiet vom Krieg verschonten USA. Zerstörungen gab es keine und der infolge Umstellung auf die Kriegsproduktion hervorgerufene Mangel an nicht dauerhaften Konsumgütern ist zum großen Teil überwunden. Auf den Nahrungsmittelmärkten ist im Februar sogar ein starker Preiseinbruch eingetreten. Knappheit besteht dagegen noch an dauerhaften Konsumgütern wie Automobilen, Häusern und an Investitionsgütern wie Öl, Pipilines, Maschinen usw. Zwischen den beiden Extremen, dem verarmten Deutschland und den reichen USA gibt es sämtliche Abstufungen.

Hand in Hand mit der Verknappung des Warenangebots im weitesten Sinne des Wortes ging während und nach dem Kriege eine Vermehrung der Zahlungsmittel vor sich, welche beiden Faktoren überall zu empfindlichen Preissteigerungen führten. Dort, wo die Inflation durch Preiskontrolle, Rationierung, Devisenbeschränkungen usw. zurückgestaut wurde, entwickelte sich der Schwarze Markt. Dieser blühte umso stärker, je weniger die festgesetzten Preise und die zugeteilten Mengen mit den natürlichen Angebots- und Nachfrageverhältnissen übereinstimmten. Durch Währungsreformen ist vielfach versucht worden, die Geldmenge wieder in ein besseres Verhältnis zum geringen Warenangebot zu bringen. In Westdeutschland und Italien gingen diese Reformen sogar so weit, daß vorübergehend eine akute Geldknappheit eintrat, welche den Gang der Wirtschaft fühlbar beeinträchtigte. Im übrigen bewirkte die inflatorische Preisentwicklung und die Warenknappheit einen schlanken Absatz der Güter und sicherten die Vollbeschäftigung. In Deutschland, Oesterreich und Japan ist der wirtschaftliche Wiederaufbau aller-

dings durch die Besetzungsmächte bewußt hintangehalten worden. In andern Ländern, wie z. B. Großbritannien, Frankreich und Italien, haben innere soziale und politische Spannungen die Erholung stark verzögert. Die bekannten Schwierigkeiten Englands sind außerdem zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß es in den letzten zehn Jahren fast seine sämtlichen Auslandsanlagen verloren hat. Es ließ sich auch deutlich feststellen, daß die Länder, die ihre Hauptaufmerksamkeit der Verstaatlichung mehr oder weniger privater Unternehmungen widmeten oder sonstwie die kriegswirtschaftlich bedingten Staatseingriffe beibehielten und zum Teil noch verschärften, sich langsamer erholten als andere, welche möglichst rasch zur freiheitlichen Friedenswirtschaft zurückkehrten. So sind z. B. die Rückschläge welche England und Schweden in jüngster Zeit erlitten haben, weitgehend auf diese staatlichen Maßnahmen zurückzuführen, aber auch Frankreich und Holland haben sich nur mühsam erholt. Demgegenüber florieren die grundsätzlich privatwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften der USA und der Schweiz.

Was die Länder hinter dem Eisernen Vorhang anbelangt, so ist jedenfalls festzustellen, daß sie in den letzten Jahren als Lieferanten landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Westeuropa weitgehend ausgefallen sind. In Rumänien, einer eigentlichen Kornkammer, herrscht sogar Hungersnot. Nun bahnt sich aber auch für diese Produkte ein gewisser Export an. Im übrigen ist der Handelsverkehr der westlichen Welt mit der Tschechoslovakei ziemlich rege. Insbesondere der Warenaustausch mit Rußland steht dagegen derart unter politischem Einfluß, daß er großen Schwankungen unterliegt und auf voraussehbare Zeit wahrscheinlich kein wesentliches Ausmaß annehmen wird.

Der bereits erwähnte krasse Gegensatz zu der überreichlichen Versorgung der USA und dem Warenmangel in fast allen übrigen Ländern mußte zwangsläufig zu Unterstützungsaktionen seitens der Vereinigten Staaten führen. Auf die nordamerikanische Union, die nur 6 Prozent der Weltbevölkerung stellt, entfallen nämlich rund 50 Prozent der Weltproduktion. So haben die Amerikaner zuerst durch die UNRRA, dann durch die Import-Exportbank, über den internationalen Währungsfond und die

Internationale Wiederaufbaubank und schließlich seit diesem Jahr im Rahmen der Marshall-Hilfe zum Teil auf Kredit, zum Teil als Geschenk, für Milliarden von Dollars Lebensmittel und Produktionsmittel geliefert. Aber auch die kleine Schweiz hat in den letzten Jahren gegen 2,5 Milliarden Franken Auslandskredite bewilligt und Mittel «à fond perdu» zur Verfügung gestellt. Insbesondere mit dem Marshall-Plan verfolgen die USA verschiedene Ziele. Er ist nicht nur als charitatives Werk der Vereinigten Staaten zu werten, sondern soll auch speziell Westeuropa und China gegenüber den Drohungen und Lockungen des Ostens widerstandsfähig gestalten. Ferner sollen dadurch Absatzwege für die amerikanische Produktion eröffnet werden. Tatsächlich bilden die Lieferungen im Rahmen des Marshall-Planes heute eine wichtige Stütze der USA-Hochkonjunktur.

Der bekannte Gegensatz zwischen den ehemaligen Alliierten des Westens und des Ostens, speziell aber zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, bringt eine erhebliche Unsicherheit in die Wirtschaft hinein, wirkt aber auf dem Umwege über die Wiederaufrüstung und die Anlegung strategischer Nahrungsmittel- und Rohstoffreserven im wesentlichen konjunkturstützend. Man mag diese Tatsache bedauern, sie läßt sich aber jedenfalls nicht wegleugnen. Die zahlreichen internationalen Organisationen, die in den letzten Kriegsjahren und seither ins Leben gerufen oder geplant worden sind, haben bisher nur sehr bescheidene Resultate erzielt. Immerhin sind Anzeichen vorhanden, daß die Vereinigten Staaten die Gewährung von Auslandhilfen mit Erfolg von der Bedingung abhängig machen, daß dem zwischenstaatlichen Austausch von Personen, Waren und Geld keine übermäßigen Schwierigkeiten bereitet werden. Trotz allen Verzögerungen macht der Wiederaufbau der einzelnen Volkswirtschaften wie der Weltwirtschaft Fortschritte, wobei auf lange Sicht betrachtet, die Aussichten für Produktionsmittel (Eisen, Stahl, Kohle, Zement, Holz, Großmaschinen usw.) im allgemeinen besser sind als diejenigen für Verbrauchsgüter.

2. Schweiz

Der mehrfach erwähnte Nachhol- und Wiederaufbaubedarf ist wohl die Hauptursache der Hochkonjunktur, der sich die schweizerische Wirtschaft seit 1945 erfreut. Dazu kommt als weiterer wichtiger Grund die starke Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufs und des Kreditvolumens. Anstelle einer fast allgemein erwarteten Umstellungskrise verzeichnet unser Land in der Tat seit Kriegsende eine noch nie erreichte Rekordbeschäftigung. Über 100 000 fremde Arbeitskräfte mußten zur Bewältigung der gewaltigen Arbeit neu herangezogen werden. Die Befriedigung des in- und ausländischen Nachhol- und Wiederaufbaubedarfes wurde speziell seit Abschluß des Currie-Abkommens vom Frühjahr 1945 durch eine wesentliche Verbesserung unserer Rohstoff- und Lebensmittelversorgung erleichtert. International betrachtet genießt die Schweiz ferner insofern eine Vorzugsstellung, als ihre Produktionsanlagen unbeschädigt geblieben sind und auch die gesamtwirtschaftliche Organisation intakt geblieben ist.

Durch zahlreiche Wirtschaftsabkommen, die zum Teil mit der Gewährung von Auslandskrediten verbunden waren, sowie durch großzügige Spenden an das Ausland konnte ferner der Export gesichert und erweitert werden. Anstelle unseres früheren Hauptlieferanten und Kunden, Deutschland, traten prompt die USA; und auch sonst ist es unsern initiativen und beweglichen Unternehmern gelungen, rasch Ersatz für ausgefallene Liefer- und Abnehmerländer ausfindig zu machen. Einzelne Industrien, unter denen vor allem die chemische zu erwähnen ist, konnten ihre Produktion nach dem Ausfall der deutschen Lieferanten auf dem Weltmarkt gewaltig steigern.

Die hohen Rechnungsdefizite des Bundes, die Übernahme der Exportdollars zum übersetzten Kurs von Fr. 4.30, die überhöhten Kurse in den Clearing- und Zahlungsabkommen sowie die niedrigen Zinssätze haben zusammen mit den schon erwähnten Faktoren zu einer Übersteigerung der Konjunktur geführt. In jüngster Zeit zeigen die Defizite des Bundes allerdings Tendenz zu verschwinden, einige offizielle Devisenkurse, wie die-

jenigen von Frankreich, sind herabgesetzt worden, und die Zinssätze haben sich etwas erhöht. Aber auch die Banken zeigen sich zurückhaltender in der Krediterteilung. Namentlich Güter, die im Ausland nicht als lebenswichtig angesehen werden, stoßen heute beim Export teilweise auf unüberwindliche Hindernisse (Textilien). Demgegenüber finden die Produkte der großen Maschinenindustrie immer noch schlanken Absatz, und die Auftragsbestände dieser Fabriken reichen im Durchschnitt für über zwei Jahre aus. Auch die Uhrenindustrie verzeichnet immer noch eine Rekordbeschäftigung. Demgegenüber haben kleinere Maschinenfabriken bereits mit gewissen Schwierigkeiten zu rechnen. Das gleiche gilt für die in den letzten Jahren gegründeten Import- und Exportagenturen, von denen die Großzahl den Betrieb sogar wieder einstellen mußten. Auch im Inlandgeschäft sind auf einzelnen Gebieten Absatzschwierigkeiten und Verluste entstanden. Bekannt sind die Weinschwemme, die Verluste im Pelz- und Teppichgeschäft usw. In einzelnen Branchen der Inlandproduktion machen sich die stark erhöhten Importe sehr deutlich bemerkbar. Das gilt insbesondere wiederum für Textilien. Im allgemeinen sind die Absatzmöglichkeiten der Produktionsmittelfabrikanten und der Hersteller von dauerhaften Verbrauchsgütern günstiger als diejenigen der Erzeuger gewöhnlicher Verbrauchsgüter. Bis zum Jahresende mag sich die Konjunktur in einzelnen Branchen weiter etwas abschwächen, doch ist vorläufig kaum mit einer allgemeinen Krise zu rechnen. Für das Baugewerbe sind die Bauvorhaben der öffentlichen Körperschaften, die in der Schweiz, abgesehen vom eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm, in die Hunderte von Millionen Franken gehen, von großer Bedeutung. Ein empfindliches Nachlassen der Bautätigkeit ist somit auch im kommenden Jahr nicht zu befürchten. Einzelne Fremdenverkehrsgebiete litten dieses Jahr unter schlechter Witterung; die zahlreichen Ferienreisen der Schweizer ins Ausland wirkten sich ungünstig aus. Dagegen gestaltete sich der Zustrom fremder Gäste in sehr erfreulicher Weise. Die schweizerische Landwirtschaft, die sich vor dem Kriege in einer ausgesprochen schlechten Lage befand und die sich im Zusammenhang mit dem Importausfall und der Weltmarkthausse

während des Krieges etwas erholen konnte, hat seit 1945 wieder eine gewisse Rückbildung der Konjunktur zu verzeichnen. Die Dürrekatastrophe vom Jahre 1947 und die Weinschwemme des laufenden Jahres geben bekanntlich Veranlassung zu staatlichen Hilfsmaßnahmen. Trotz der bedeutenden Importvermehrung seit 1945 konnten die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse im großen und ganzen bis im Laufe dieses Jahres gehalten und der Absatz der einheimischen Produkte im In- und Ausland gesichert werden. (Der schon erwähnte Weißwein bildete dabei eine Ausnahme.) Viel zu schaffen gab der Landwirtschaft der Personalmangel und die Produktionskostenerhöhung, wobei die gestiegenen Lohnkosten besonders ins Gewicht fielen.

Ein Hauptnachteil der sogenannten «Überkonjunktur» war das gegenseitige Hinaufschrauben von Löhnen und Preisen. Dieser Entwicklung ist durch das unter dem Patronat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zustandegekommene Stabilisierungsabkommen Einhalt geboten worden. Tatsächlich haben sich die Preise dieses Jahr im Durchschnitt nicht weiter erhöht und nur die Löhne haben noch eine gewisse Steigerung erfahren. Auch in nächster Zeit dürfte keine wesentliche Erhöhung der Lebenskosten zu erwarten sein; aber auch ein Rückgang dieser Kosten und der Löhne ist vorläufig kaum wahrscheinlich. Der Bund gibt nämlich dieses Jahr gegen 300 Millionen Franken für Verbilligungszwecke aus. Er beabsichtigt aber, diese Beträge in Zukunft zu reduzieren und möglichst rasch aufzuheben. Eine Senkung der Weltmarktpreise käme also den schweizerischen Konsumenten nicht ohne weiteres zugute; sie würde vielmehr durch die Verkürzung der Bundessubventionen wettgemacht. Überdies werden sich die Produktionsverbände und die Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen einen Preis- und Lohnabbau zur Wehr setzen. Eine allfällig auftretende Arbeitslosigkeit würde dadurch ausgeschaltet oder gemildert, daß die fremden Arbeitskräfte wieder in die Heimat zurückgeschickt würden.

Zum Schlusse lassen wir einige markante Zahlen aus der schweizerischen Wirtschaftsstatistik folgen:

Arbeitsmarkt August

	1946	1947	1948
Ganzarbeitslose	782	670	1229
Offene Stellen	7762	5856	4591

Beschäftigungsstand der Industrie

gut: 150, befriedigend: 100, schlecht: 50

Quartalsende	1944	1945	1946	1947	1948
1. Quartal	103	110	131	140	135
2. Quartal	108	115	138	141	131
3. Quartal	106	122	140	141	
4. Quartal	108	126	140	140	

Kleinhandelsumsätze

Monatsdurchschnitt 1935: 100

1945:	166,4	August 1947:	189,0
1946:	196,2	August 1948:	193,2
1947:	225,6		

Außenhandel

Monatsdurchschnitte in Millionen Franken

		Einfuhr	Ausfuhr
1938		133,9	109,7
1945		102,1	122,8
1946		285,2	223,0
1947		401,6	272,3
1947	Januar/September	375,9	263,2
1948	Januar/September	428,9	268,3

Endrohertrag und Rentabilität der Landwirtschaft

Endrohertrag in Millionen Franken

	Pflanzenbau	Tierhaltung	Total	Index d. landw. Produktenpreise 1914 - 100	Reinertrag in % des Aktivkapitals
1938	297	999	1296	125	3,46
1944	865	1190	2055	215	5,43
1945	770	1190	1960	226	5,63
1946	804	1317	2121	230	4,33
1947 prov.	689	1345	2034	240	3,51